



Aktuelle Debatte

Fraktion DIE LINKE

Deutschland in guter Wirtschaftsverfassung? Wir müssen über die Vergesellschaftung des Reichtums reden!

Es wird beantragt, zur 34. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 22./23./24. Mai 2019 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Die Armut in Deutschland erreicht inzwischen immer neue Dimensionen, die das Wohlstandsversprechen des deutschen Kapitalismusmodells Lügen straft. Knapp ein Fünftel der Bevölkerung, d. h. 15,5 Millionen Menschen, ist von Armut bedroht (statistisches Bundesamt 2019). Armut reicht nunmehr weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, sie betrifft immer mehr Erwerbstätige, Rentner und Auszubildende. Sie machen inzwischen zusammen ca. 70 Prozent der Armen aus (Paritätischer Armutsbericht). War bisher vor allem Arbeitslosigkeit das Hauptrisiko für Armut, haben sich die Risiken heute deutlich erweitert: Arm durch überhöhte Mieten. Arm durch steigende Pflegekosten. Arm durch niedrige Renten. Arm durch Kinder, insbesondere bei Alleinerziehenden.

Marktversagen, Staatsversagen und die Missachtung des Leistungsprinzips lassen die Kapitalismuskritik wachsen. Dies verstärkt den Ruf nach staatlicher Absicherung sozialer Grundbedürfnisse. Denn die Menschen merken: Der schnell wachsende Reichtum von Wenigen schafft immer mehr Armut bei denjenigen, die ihn erarbeiten. Wenn die Konzentration von immer mehr Kapital in immer weniger Händen den Wohlstand von immer größeren Teilen der Gesellschaft verhindert und bedroht, wird es Zeit für eine neue Wirtschaftsverfassung, die die soziale Sicherheit für die tatsächlichen Leistungsträger der Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellt. Und die sitzen nicht in den Vorständen der DAX-Konzerne, deren Einfluss auf die Politik aufgrund ihrer ökonomischen Macht längst überhandgenommen hat.

Wenn Großkonzerne oder Einzelpersonen über ökonomisch absurde Kapital- und Vermögenswerte verfügen, die sie jederzeit in die Lage versetzen, Stimmungen und

(Ausgegeben am 16.05.2019)

Meinungen in der Bevölkerung und Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen maßgeblich zu beeinflussen, sind die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft und der soziale Friede massiv gefährdet. Die Wirtschaft in Deutschland muss wieder dem Primat der Demokratie untergeordnet werden. Artikel 15 Grundgesetz eröffnet dabei einen Weg, das Gemeineigentum und die Gemeinwirtschaft zu stärken.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender